

Dipl.-Psych. [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Tel.: [REDACTED]

Mobil: [REDACTED]

Privatgutachterliche Expertise - 257 F 265/20 (AG Düsseldorf) -

Das Sachverständigengutachten von Gertrud R[REDACTED] im Verfahren 257 F 265/20 am Amtsgericht Düsseldorf ist insgesamt als mangelhaft zu bezeichnen. Zunächst ist anzumerken, dass Gertrud R[REDACTED] einen falschen akademischen Grad führt. Der akademische Grad „M.Sc. Rechtspsychologie (BDP)“ existiert nicht. Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) bietet kein Hochschulstudium an und vergibt keine akademischen Grade. Dieser Eindruck wird jedoch durch Gertrud R[REDACTED] erweckt. Die Sachverständige möge die Masterurkunde, die ihr angeblich vom BDP ausgestellt worden sein soll, dem Gericht vorlegen. Darüber hinaus ist vorzutragen, dass das Sachverständigengutachten methodisch keine belastbare Entscheidungsgrundlage liefert. Aus fachlich-psychologischer Sicht sind ihre Ausführungen nicht haltbar. Das Sachverständigengutachten von Gertrud R[REDACTED] verletzt psychologische und verfassungsrechtliche Standards.

Es ist in psychologischen Fachkreisen bekannt, dass gemäß Studienlage rund 75% der familienpsychologischen Gutachten den wissenschaftlichen Anforderungen nicht genügen.¹ Gegenüber dem ZDF-Magazin „Frontal 21“ äußerte der für die Studie verantwortliche Professor für Angewandte Psychologie, Dr. Werner Leitner: „Diese Gutachten haben gravierende Mängel bei den Testverfahren und den Methoden der Gesprächsführung. Außerdem entsprechen sie nicht dem aktuellen Forschungsstand“². Ferner sagt Prof. Dr. Leitner: „Mit diesen mangelhaften Gutachten verdienen die Gutachter zwar viel Geld. Auf der Strecke bleibt aber das Wohl der Familien und der Kinder“³. Übereinstimmend hierzu schreibt im Standardwerk „Familienpsychologische Gutachten“ Dr. Joseph Salzgeber: „Studien belegen, dass bei Sachverständigengutachten durchaus Mängel an Fachwissen bestehen.“⁴ Das Lexikon der Justizirrtümer zählt branchenübergreifend mehrere Fälle, in denen selbst Sachverständige mit Dokortitel oder gar Professorentitel ein erweislich falsches Sachverständigengutachten erstattet haben.⁵

¹ <https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/mitteilung/zdf-magazin-frontal-21-fragwuerdige-gutachten-reissen-familien-auseinander>

² ebd.

³ ebd.

⁴ Salzgeber, Joseph (2015): Familienpsychologische Gutachten, 6. Auflage, S. 31.

⁵ Burow, Patrick (2013): Das Lexikon der Justizirrtümer, S. 167 ff.

Die Arbeitsweise von Gertrud R. ■■■ entspricht nicht den Mindestanforderungen an die Qualität von Sachverständigengutachten im Kindschaftsrecht von der Arbeitsgruppe Familienrechtliche Gutachten. Die Mindestanforderungen an die Qualität von Sachverständigengutachten im Kindschaftsrecht werden wohlgemerkt vom Bundesjustizministerium publiziert.⁶

Die Arbeitsweise von Gertrud R. ■■■ entspricht zudem nicht den Qualitätsstandards für psychologische Gutachten. Die Qualitätsstandards für psychologische Gutachten werden vom Diagnostik- und Testkuratorium der Föderation Deutscher Psychologenvereinigungen, d.h. dem gemeinsamen Dachverband vom Berufsverband deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) und der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGPs), erstellt.⁷

Die Mindestanforderungen an die Qualität von Sachverständigengutachten im Kindschaftsrecht betonen ausdrücklich die Wichtigkeit des methodischen Vorgehens bei der Gutachtenerstellung. So ist dort explizit zu lesen: „Die Qualität eines Gutachtens bestimmt sich auf zwei Ebenen: 1. der Qualität des gutachterlichen Handelns und Schlussfolgerns, 2. der Qualität der Abfassung des schriftlichen Gutachtens. Fehler auf der ersten Ebene können durch eine einwandfreie Darstellung auf der zweiten Ebene nicht wettgemacht werden.“⁸

Die Qualitätsstandards für psychologische Gutachten betonen ausdrücklich den Aspekt der Wissenschaftlichkeit, da eine wissenschaftlich korrekte Arbeitsweise für die Qualität eines Gutachtens von entscheidender Bedeutung ist. So ist dort wortwörtlich zu lesen: „Ein psychologisches Gutachten dokumentiert ein wissenschaftlich fundiertes Vorgehen“⁹.

Der Wissenschaftliche Dienst für Familienfragen hat auf Grundlage der Auswertung von 150 Sachverständigengutachten im Familienrecht einen Artikel zu den sechs häufigsten Fehlern bei der Erstellung familienpsychologischer Gutachten veröffentlicht.¹⁰ Der besagte Artikel wird nachfolgend zitiert:

⁶ <https://www.bmju.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF/Themenseiten/FamilieUndPartnerschaft/MindestanforderungenSachverstaendigengutachtenKindschaftsrecht.html>

⁷ https://www.bdp-verband.de/binaries/content/assets/beruf/testrezensionen/ga_standards_foderation-2017.pdf

⁸ Arbeitsgruppe Familienrechtliche Gutachten (2019): Mindestanforderungen an die Qualität von Sachverständigengutachten im Kindschaftsrecht, 2. Auflage, S. 11.

⁹ Diagnostik- und Testkuratorium der Föderation Deutscher Psychologenvereinigungen (2017): Qualitätsstandards für psychologische Gutachten, S. 2.

„Die 6 häufigsten Fehler bei der Erstellung familienpsychologischer Gutachten

1. Verwechslung von Sympathie mit Erziehungsfähigkeit

Ein Elternteil, der das Kind in übertriebener Weise in den Himmel lobt und ihm alles erlaubt, wird bei nahezu allen Testverfahren besser abschneiden als ein Elternteil, der dem Kind ein realistisches Bild vermittelt und erzieherisch tätig wird. Dennoch verwechseln viele gerichtlich bestellte Sachverständige Sympathie mit Erziehungsfähigkeit.

2. Keine adäquate Erhebung des Kindeswillens

Anstatt den Kindeswillen einmalig zu erheben und anschließend darüber zu spekulieren, ob der Kindeswille konstant ist oder nicht, macht es weitaus mehr Sinn, den Kindeswillen zweimal in einem längeren Zeitraum zu erheben – idealerweise zu Beginn und am Ende der Begutachtung sowie in einem neutralen Setting, d.h. nicht bei einem der Elternteile. Bedauerlicherweise gehen viele gerichtlich bestellte Sachverständige nicht so vor.

3. Keine Berücksichtigung der Biographie

Ein Elternteil, der über ein abgeschlossenes Studium und keine psychische Krankenakte verfügt, wird dem Kind tendenziell bessere Ratschläge auf den Weg geben als ein Elternteil, der über drei abgebrochene Ausbildungen verfügt und sich seit Jahren in psychologischer Behandlung wegen einer Persönlichkeitsstörung befindet. Bedauerlicherweise missachten viele gerichtlich bestellte Sachverständige offenkundige Fakten zur Erziehungsfähigkeit.

4. Spekulationen statt Fakten

Anstatt den Sachverhalt in Form von Fakten wiederzugeben, maßen sich viele gerichtlich bestellte Sachverständige in ihrem Übermut an, wilde Spekulationen zu tätigen. Anstatt Spekulationen als solche, sprich: als Vermutungen, zu kennzeichnen, neigen viele gerichtlich bestellte Sachverständige dazu, ihre Spekulationen als gesicherte Tatsachen darzustellen. Dies widerspricht jeder Form des wissenschaftlichen Arbeitens.

¹⁰ www.familienpsychologisches-gutachten.info/fehler

5. Unkenntnis über den rechtlichen Rahmen

Viele gerichtlich bestellte Sachverständige kennen den rechtlichen Rahmen nicht. Entweder bewegt sich ihre Definition der Kindeswohlgefährdung fernab der Rechtsprechung durch das Bundesverfassungsgericht oder sie geben Empfehlungen ab, die rechtlich unzulässig sind. Besonders peinlich wird dies, wenn diese den Titel ‚Fachpsychologe für Rechtspsychologie‘ tragen.

6. Keine Auseinandersetzung mit den Folgen einer Fremdunterbringung

Die Eltern werden dämonisiert, die Fremdunterbringung wird glorifiziert. Viele gerichtlich bestellte Sachverständige setzen sich mit den Folgen einer Fremdunterbringung und dementsprechend mit einer sekundären Kindeswohlgefährdung in Folge der Trennung von den Eltern nicht auseinander. Gemäß Studienlage gelten Heimkinder als Hochrisikogruppe für psychische Erkrankungen und Straftaten.“¹¹

Die Arbeitsweise von Gertrud R■■■ ist bedauerlicherweise weder methodisch fehlerfrei noch wissenschaftlich fundiert. Die beauftragte Sachverständige begeht drei der häufigsten Fehler bei der Erstellung familienpsychologischer Gutachten.

Fehler Nr. 1 von Gertrud R■■■: Spekulationen statt Fakten

Das methodische Vorgehen von Gertrud R■■■ basiert nahezu ausschließlich darauf, dass sie unliebsame Fakten nicht würdigt und stattdessen wilde Spekulationen über die Erziehungsfähigkeit der Eltern tätigt. Ein solches Vorgehen ist naturgemäß nicht sachdienlich.

Auf Seite 48 ist als Äußerung von L■■■ zu lesen: „Er finde, er habe eine schöne Kindheit gehabt“. Zudem heißt es dort weiter: „Auf die Frage, wie er die Beziehung zu seiner Mutter beschreiben würde, gab er an, diese sei ‚schön‘, ‚harmonisch‘, ‚liebvoll‘ und ‚geordnet‘ gewesen.“

Auf Seite 49 ist zu lesen: „Was zwischen ihnen gut laufe sei ‚eigentlich alles‘“. Zudem steht dort weiter: „Gut laufe es, wenn sie einen Konflikt klärten. Wenn es z.B. Meinungsverschiedenheiten gebe, setzten sie sich hin und besprächen das.““

Auf Seite 50 ist zu lesen: „Auf die Frage, ob sich etwas verändert habe, seit er wieder bei seiner Mutter sei, gab er an, es sei auf jeden Fall nicht mehr so, wie zu der Zeit, als der ehemalige Partner der Mutter da gewesen sei. Es sei viel harmonischer geworden, was er als große Veränderung empfinde.“

Auf Seite 52 ist zu lesen: „Auf die Frage, was wäre, wenn das Gericht entscheide, dass er weder bei seiner Mutter wohnen bleiben noch nach Norwegen zu seiner Oma ziehen dürfe, sondern in eine Wohngruppe ziehen solle, sagte er, ‚das fände ich echt schrecklich‘, ‚der absolute Horror‘. Es gebe keine Bedingung, unter denen er sich das vorstellen könne.“

Dass Gertrud R■■ solche Aussagen des Betroffenen, um dessen Wohl es geht, bei der Eruierung des Kindeswohls völlig außen vor lässt, ist schlichtweg unglaublich und hat mit einem sachgerechten Handeln und Schlussfolgern absolut nichts zu tun.

Fehler Nr. 2 von Gertrud R■■: Unkenntnis über den rechtlichen Rahmen

Gertrud R■■ ist anscheinend der Unterschied zwischen einer Kindeswohlbeeinträchtigung und einer Kindeswohlgefährdung nicht bekannt. Mangel an Feinfühligkeit mag eine Kindeswohlbeeinträchtigung bedeuten, jedoch gewiss keine Kindeswohlgefährdung. Eine solche Differenzierung findet jedoch seitens Gertrud R■■ nicht statt. Jeder Mangel wird zur Kindeswohlgefährdung heraufbeschworen. Die beauftragte Sachverständige konnte – anders als vom Bundesverfassungsgericht gefordert – keine erhebliche Gefährdung der Kinder, die der höchstrichterlichen Rechtsprechung entsprechen würde, mit ziemlicher Sicherheit voraussehen.

Es wird an die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erinnert:

Eine räumliche Trennung des Kindes von seinen Eltern gegen deren Willen stellt den stärksten Eingriff in das Elterngrundrecht dar, der nur unter strikter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes erfolgen oder aufrechterhalten werden darf (vgl. BVerfGE 60, 79 <89>). Art. 6 Abs. 3 GG erlaubt diesen Eingriff nur unter der strengen Voraussetzung, dass das elterliche Fehlverhalten ein solches Ausmaß erreicht, dass das Kind bei den Eltern in seinem körperlichen, geistigen oder seelischen Wohl nachhaltig gefährdet wäre (vgl. BVerfGE 60, 79 <91>; 72, 122 <140>; 136, 382 <391>; stRspr). Eine solche Gefährdung des Kindes ist dann

¹¹ www.familienpsychologisches-gutachten.info/fehler

anzunehmen, wenn bei ihm bereits ein Schaden eingetreten ist oder sich eine erhebliche Gefährdung mit ziemlicher Sicherheit voraussehen lässt (vgl. BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Ersten Senats vom 19. November 2014 - 1 BvR 1178/14 -, www.bverfg.de, Rn. 23 m.w.N.; Beschluss der 2. Kammer des Ersten Senats vom 3. Februar 2017 - 1 BvR 2569/16 -, www.bverfg.de, Rn. 44 m.w.N.). Auch sind die negativen Folgen einer Trennung des Kindes von den Eltern und einer Fremdunterbringung zu berücksichtigen (vgl. BVerfGK 19, 295 <303>; BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Ersten Senats vom 24. März 2014 - 1 BvR 160/14 -, www.bverfg.de, Rn. 38) und müssen durch die hinreichend gewisse Aussicht auf Beseitigung der festgestellten Gefahr aufgewogen werden, so dass sich die Situation des Kindes in der Gesamtbetrachtung verbessert (vgl. BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Ersten Senats vom 24. März 2014 - 1 BvR 160/14 -, www.bverfg.de, Rn. 38; Beschluss der 1. Kammer des Ersten Senats vom 22. Mai 2014 - 1 BvR 3190/13 -, www.bverfg.de, Rn. 31).

Fehler Nr. 3 von Gertrud R■■: Keine Auseinandersetzung mit den Folgen einer Fremdunterbringung

Gertrud R■■ befasst sich in ihrem Gutachten, anders als wissenschaftlich und rechtlich geboten, in keiner Weise mit den Folgen einer Fremdunterbringung. Den aus wissenschaftlicher Sicht gebotenen Hinweis, dass gemäß Studienlage Heimkinder zur Hochrisikogruppe für psychische Erkrankungen und Straftaten gehören, sucht man vergebens.

In ihrem Sachverständigengutachten nimmt die beauftragte Sachverständige irrtümlicherweise vorrangig subjektive Vorstellungen eines idealen Erziehungsstils und nicht die höchstrichterliche Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Definition einer Kindeswohlgefährdung als Maßstab. Dass die Kindeseltern den Idealvorstellungen der Sachverständigen nicht entsprechen, stellt keine Kindeswohlgefährdung dar. Es wird an die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erinnert:

Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG garantiert den Eltern das Recht auf Pflege und Erziehung ihrer Kinder. Der Schutz des Elternrechts erstreckt sich auf die wesentlichen Elemente des Sorgerechts, ohne die die Elternverantwortung nicht ausgeübt werden kann (vgl. BVerfGE 84, 168 <180>; 107, 150 <173>). Eine Trennung des Kindes von seinen Eltern gegen deren Willen stellt den stärksten Eingriff in das Elterngrundrecht dar. Art. 6 Abs. 3 GG erlaubt diesen Eingriff nur unter strengen

Voraussetzungen. Eine Trennung des Kindes von seinen Eltern ist nach Art. 6 Abs. 3 GG allein zu dem Zweck zulässig, das Kind vor nachhaltigen Gefährdungen zu schützen und darf nur unter strikter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit erfolgen. Ihren einfachrechtlichen Ausdruck haben diese Anforderungen in § 1666 Abs. 1, § 1666a und § 1696 Abs. 2 BGB gefunden. Dabei berechtigen nicht jedes Versagen oder jede Nachlässigkeit der Eltern den Staat, auf der Grundlage seines ihm nach Art. 6 Abs. 2 Satz 2 GG zukommenden Wächteramts die Eltern von der Pflege und Erziehung ihres Kindes auszuschalten oder gar selbst diese Aufgabe zu übernehmen (vgl. BVerfGE 24, 119 <144 f.>; 60, 79 <91>). Es gehört nicht zur Ausübung des Wächteramts, gegen den Willen der Eltern für eine bestmögliche Förderung der Fähigkeiten des Kindes zu sorgen. Das Grundgesetz hat den Eltern die primäre Entscheidungszuständigkeit bezüglich der Förderung ihrer Kinder zugewiesen. Das beruht auf der Erwägung, dass die spezifisch elterliche Zuwendung dem Wohl der Kinder grundsätzlich am besten dient (vgl. BVerfGE 60, 79 <94>; 133, 59 <73 f., Rn. 42 f.>).

Die Einschätzung des Bundesverfassungsgerichts deckt sich mit der aktuellen Forschungslage zur Fremdunterbringung. Jede Fremdunterbringung birgt das Risiko einer sekundären Kindeswohlgefährdung durch die Trennung von den Eltern.

Bei der DVGT-Tagung am 6. März 2010 in Berlin hat der Autor des Buches „Psychische Gesundheit von Heimkindern“, Marc Schmid, umfassend zu der Thematik „Komplex traumatisierte und bindungsgestörte Heimkinder“ referiert.¹² Demnach zeigen nur zwei von 72 Heimkindern ein sicheres Bindungsverhalten. Die Bindungsproblematik der Betroffenen werde mit jedem weiteren Beziehungsabbruch verschärft.¹³ Die Zahl der Beziehungsabbrüche korreliert mit einer höheren Delinquenz auf dem weiteren Lebensweg.¹⁴ Heimkinder sind vor allem wegen des Mangels an festen Bindungen für psychische Erkrankungen weitaus anfälliger als die Normpopulation. Über 70% der Heimkinder befinden sich im klinisch auffälligen Bereich. In der Pubertät und Adoleszenz treten insbesondere affektive Störungen, Substanzmissbrauch, Selbstverletzung, Suizidalität, Störungen der Persönlichkeitsentwicklung sowie dissoziative und somatoforme Störungen auf.¹⁵

Wie bereits erwähnt, hat sich die Sachverständige in ihrem Gutachten mit den

¹² https://www.dgvt.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Kongress/Kongress_2010/Praesentationen/SY06-2-Sa-1400-L%20113_Marc%20Schmid_Komplex%20Traumatisierte.pdf

¹³ ebd.

¹⁴ ebd.

¹⁵ https://www.dgvt.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Kongress/Kongress_2010/Praesentationen/SY06-2-Sa-1400-L%20113_Marc%20Schmid_Komplex%20Traumatisierte.pdf

negativen Folgen einer Fremdunterbringung nicht ernsthaft auseinandergesetzt. Die weitreichenden und oftmals traumatisierenden Folgen der Trennung eines Kindes von seinen Eltern wurden von Seiten der Sachverständigen nicht einmal ansatzweise eruiert. Mit einer Fremdunterbringung geht stets eine Stigmatisierung einher. Ein Recht auf eine optimale Förderung besteht nicht, zumal diese durch eine Fremdunterbringung in aller Regel nicht gewährleistet werden kann. Dass das Kind nicht die idealtypische Förderung erhält, die sich Gertrud R. wünscht, stellt keinen legitimen Grund für einen Entzug der elterlichen Sorge dar, der mit der Rechtsprechung durch das Bundesverfassungsgericht in Einklang zu bringen wäre.

Es wird an das Zitat auf Seite 52 erinnert: „Auf die Frage, was wäre, wenn das Gericht entscheide, dass er weder bei seiner Mutter wohnen bleiben noch nach Norwegen zu seiner Oma ziehen dürfe, sondern in eine Wohngruppe ziehen solle, sagte er, ‚das fände ich echt schrecklich‘, ‚der absolute Horror‘. Es gebe keine Bedingung, unter denen er sich das vorstellen könne.“ Triftige Gründe gegen einen Verbleib bei der Mutter konnte die Sachverständige nicht nennen. Dies wäre jedoch notwendig, um eine Entscheidung gegen den Kindeswillen begründen zu können. Das Vertrauen in die Selbstwirksamkeit eines Kindes zu brechen, ist vor allem bei Entscheidungen, die den Alltag betreffen, fatal, da hieraus eine Phase der erlernten Hilflosigkeit zu entstehen droht.¹⁶ Dieser Gedanke kommt der Sachverständigen bedauerlicherweise nicht.

Das Kind allein auf Grundlage der Ausführungen von Gertrud R. dauerhaft in Fremdunterbringung zu befördern, wäre zutiefst unverantwortlich von den an dieser Entscheidung beteiligten Professionen. Heimkinder gelten gemäß Studienlage als Hochrisikogruppe für psychische Erkrankungen und Straftaten. Insofern ist eine Fremdunterbringung stets als „ultima ratio“ in Betracht zu ziehen. Im Lichte von Art. 6 Abs. 2 Grundgesetz ist nicht die Fragestellung, welche Regelung dem Wohl des Kindes vermeintlich am besten entspricht, sondern einzig und allein die Fragestellung, ob gegenwärtig eine Kindeswohlgefährdung bei einem Verbleib des Kindes im mütterlichen Haushalt festgestellt werden kann. Dies ist gegenwärtig nicht der Fall. Die Kritikpunkte, welche Gertrud R. benennt, genügen nicht, um eine Fremdunterbringung zu veranlassen. Es wird empfohlen, die elterliche Sorge – soweit sie auf das Jugendamt der Stadt Düsseldorf übertragen wurde – wahlweise auf die Mutter oder beide Eltern zurück zu übertragen. Das Kindeswohl von L. ist bei einem Aufenthaltsbestimmungsrecht, das beim Jugendamt der Stadt Düsseldorf liegt, nicht gewährleistet. Die zuständige Jugendamt-Sachbearbeiterin Elisabeth

¹⁶ Brandenburg, Ina (2012): Psychologie der erlernten Hilflosigkeit, S. 3 ff.

E■■■■ weist eklatante Mängel im Bereich der Entwicklungspsychologie auf und ist offensichtlich nicht in der Lage, die Bedürfnisse von L■■■■ zu erkennen. So schrieb E■■■■ am 17.06.2021 per E-Mail: „aktuell ist es so, dass für L■■■■ eine passende Wohngruppe gesucht wird. Das Erziehungsfähigkeitsgutachten spricht sich ganz klar gegen eine weitere familiäre Unterbringung aus. Da L■■■■ genügend Zeit für eine Eingewöhnung in der Wohngruppe braucht, verweigere ich einen Urlaub in den Sommerferien 2021 bei Ihnen in Norwegen.“

Dipl.-Psych. ■■■■■
■■■■■

LITERATURVERZEICHNIS

Arbeitsgruppe Familienrechtliche Gutachten (2019): *Mindestanforderungen an die Qualität von Sachverständigengutachten im Kindschaftsrecht, 2. Auflage.* Berlin: Deutscher Psychologen Verlag.

Brandenburg, Ina (2012): *Psychologie der erlernten Hilflosigkeit.* Hamburg: Diplomica Verlag.

Burow, Patrick (2013): *Das Lexikon der Justizirrtümer.* Köln: Eichborn Verlag.

Diagnostik- und Testkuratorium der Föderation Deutscher Psychologinnenvereinigungen (2017): *Qualitätsstandards für psychologische Gutachten.* Berlin: Föderation Deutscher Psychologinnenvereinigungen.

Salzgeber, Joseph (2015): *Familienpsychologische Gutachten, 6. Auflage.* München: Beck.

Berufsverband deutscher Psychologinnen und Psychologen (2017):

https://www.bdp-verband.de/binaries/content/assets/beruf/testrezensionen/ga_standards_foderation-2017.pdf (zuletzt abgerufen am 01.08.2021)

Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (2019):

<https://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF/Themenseiten/FamilieUndPartnerschaft/MindestanforderungenSachverstaendigengutachtenKindschaftsrecht.html> (zuletzt abgerufen am 01.08.2021)

Schmid, Marc (2010): Vortrag auf der DGVT-Tagung am 6. März 2010 in Berlin

https://www.dgvt.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Kongress/Kongress_2010/Praesentationen/SY06-2-Sa-1400-L%20113_Marc%20Schmid_Komplex%20Traumatisierte.pdf (zuletzt abgerufen am 01.08.2021)

Wissenschaftlicher Dienst für Familienfragen (2021): Die 6 häufigsten Fehler bei der Erstellung familienpsychologischer Gutachten

<http://www.familienpsychologisches-gutachten.info/fehler> (zuletzt abgerufen am 01.08.2021)

Zweites Deutsches Fernsehen (2015): Fragwürdige Gutachten reißen Familien auseinander

<https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/mitteilung/zdf-magazin-frontal-21-fragwuerdige-gutachten-reissen-familien-auseinander> (zuletzt abgerufen am 01.08.2021)